Hongkong-Aktivist Joshua Wong schreibt einen Brief aus dem Gefängnis · *Seite 8*

WELT AM SONNTAG

Was kommt? Eine **Icon**-Ausgabe voller Schönheit, zwischen Träumen und Erdverbundenheit

14. MÄRZ 2021 | NR. 11 | B **

DEUTSCHLANDS GROSSE SONNTAGSZEITUNG | GEGRÜ

PREIS D € 4,80

SELBSTZERSTÖRUNG, SELBSTBESTIMMUNG

Immer mehr Frauen geben ihr Innerstes im Netz gegen Geld preis. Neue Erotik-Plattformen versprechen schnelle Gewinne. Wer aber verliert, verliert mehr als Geld **Seiten 15–18**

MARLENE GAVRISCH/WELT

HAUSÄRZTE WOLLEN HELFEN

... aber die Regierung lässt uns nicht

Beim Besuch eines Pilotversuchs trifft die Reporterin auf verzweifelte Ärzte: Sie impfen weniger, als sie könnten, langsamer, als es sein müsste **Seiten 2/3**

Viele EU-Länder hängen Deutschland ab. Was wir besser machen müssten **Seiten 2/3**

Was Sie wissen müssen: Die wichtigsten Impfstoffe und wie sie im Körper wirken **Seite 56**

THOMAS KUHLENBECK FÜR WELT AM SONNTAG

MEGHAN GEGEN DIE KRONE

In diesem Streit spiegelt sich die zerrissene Gesellschaft

Seite 13

GETTY IMAGES/MAX MUMBY/INDIGO; AFP/STUART C. WILSON

OFEN, TEIG, SUGO, BELAG

Wie Sie die perfekte Pizza machen

Seite 60

MONTAGE: OONI/CLARK PARKIN, GETTY IMAGES

IN DIESER AUSGABE

Fröhlich im Bundestag
Influencer erklären jungen Menschen Politik. Ohne harte Fragen. Wo bleibt da die Unabhängigkeit? **Seite 6**

Big Brother aus Peking
Mit der App WeChat überwacht China Regierungskritiker – sogar in den USA **Seite 30**

Behörden behindern Bürger
Ein Jungunternehmer möchte Öko-Kleidung in einem alten Stall produzieren. Aber er darf nicht **Seite 36**

Rückblick mit Andreas Gursky
Ein Besuch im Düsseldorfer Atelier des wohl berühmtesten Fotokünstlers der Welt **Seite 47**

Masken-Affäre: SPD attackiert Union trotz Ehrenerklärung

Parteichef Walter-Borjans sieht „hilflosen Versuch einer Selbstinszenierung". Olaf Scholz fordert „unmissverständlichen Schritt". CDU/CSU-Fraktionsspitze verspricht strengeren Verhaltenskodex

Kurz vor den heutigen Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz hat die SPD den Koalitionspartner in der Masken- und Lobbyismusaffäre heftig angegriffen. Führende Sozialdemokraten werfen CDU und CSU vor, bei ihnen hätten Verfehlungen System. Am Freitagabend hatten alle Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine persönliche Ehrenerklärung abgegeben, keine finanziellen Vorteile aus Pandemie-bezogenen Geschäften erhalten zu haben. Zuvor waren drei Abgeordnete wegen umstrittener Geschäfte und Lobbyverbindungen aus der Fraktion ausgeschieden.

VON RICARDA BREYTON, ANETTE DOWIDEIT UND JACQUES SCHUSTER

SPD-Chef Norbert Walter-Borjans sagte WELT AM SONNTAG: „Die Panikreaktion nach jahrelangem Blockieren jedweden Vorstoßes für mehr Transparenz und härtere Sanktionen wird erst glaubwürdig, wenn es auch nach Wahlen ernsthafte Schritte zur Umsetzung gibt." Die Ankündigung „brutalstmöglicher Aufklärung" – wie seinerzeit vom damaligen hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch (CDU) in der Affäre um schwarze Kassen – habe es schon öfter gegeben. „Auch die Ehrenerklärung klingt nach dem hilflosen Versuch einer Selbstinszenierung als konsequente Ahnder von Raffgier und Vetternwirtschaft." Finanzminister und SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz bezeichnete die Ereignisse als „unappetitliche Vorgänge". Es brauche nun einen „einen klaren, unmissverständlichen Schritt", sagte Scholz dieser Zeitung.

Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki sieht in der Ehrenerklärung einen Beleg für die „enorme Verunsicherung der Union kurz vor den Landtagswahlen. Bei CDU und CSU ist richtig Feuer unter dem Dach. Das ist deshalb problematisch, weil es die parlamentarischen Prozesse zur Bewältigung der Krise in den kommenden Wochen und Monaten sicher nicht verbessert", sagte der FDP-Politiker.

Der Fraktionsvize Thorsten Frei (CDU), hält die Masken-Affäre in der Sendung „Bild Live" für eine der schwersten Krisen der Union in den vergangenen 20 Jahren. Er glaube aber nicht an weitere Korruptionsverdachtsfälle in der Fraktion. „Mir fehlt das Vorstellungsvermögen, dass es weitere solcher Fälle gibt." Auch er sagte, die Union müsse den „Vertrauensschaden ganz grundlegend beheben". Das werde nicht innerhalb von wenigen Tagen passieren, „sondern wird uns nur dann gelingen, wenn wir glaubwürdig die Dinge auf den Tisch legen".

Die Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen Britta Haßelmann sagte: „CDU und CSU haben ein strukturelles Problem. Wenn die Union nicht noch tiefer in ihrer Vertrauenskrise versinken will, darf sie es nicht bei Absichtserklärungen belassen: Wir fordern CDU und CSU auf, so schnell wie möglich den Weg für schärfere und strengere Regeln für mehr Transparenz frei zu machen." Dazu gehöre auch ein Lobbyregister und „ein echter legislativer Fußabdruck bei allen Gesetzen von Bundesregierung und Parlament, damit die Bürgerinnen und Bürger klar erkennen können, wer Einfluss genommen hat."

Der Chefverhandler der SPD zum Lobbyregister, Matthias Bartke, bewertet den Versuch der Union, reinen Tisch zu machen, als positiv. Allerdings gebe es „die größte Verweigerungshaltung der Union immer noch bei Nebeneinkünften und Unternehmensbeteiligungen von Abgeordneten".

WELT AM SONNTAG liegt ein Brief an die Unionsabgeordneten vor, in dem der Fraktionsvorsitzende Ralph Brinkhaus (CDU) und CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt versprechen: „Wir werden uns in der Unionsfraktion Verhaltensregeln geben, die über die Gesetzeslage noch einmal deutlich hinausgehen." Beschlossen wurde vom geschäftsführenden Fraktionsvorstand am Freitagabend eine Zehn-Punkte-Transparenzoffensive. Demnach soll künftig die „entgeltliche Tätigkeit als Interessenvertreter für einen Dritten gegenüber der Bundesregierung oder im Bundestag" gesetzlich verboten und Verstöße mit Ordnungsgeld belegt werden. Aus solchen Tätigkeiten erworbene Einnahmen sollen Abgeordnete „an den Bundestag abführen". Einkünfte aus Firmenbeteiligungen ab 25 Prozent sollen Abgeordnete künftig anzeigen, ebenso Nebeneinkünfte ab 100.000 Euro. Der Missbrauch des Mandats zu geschäftlichen Zwecken soll künftig mit einem Ordnungsgeld bestraft werden. Eine Geldstrafe soll es künftig auch bei einer verbotenen Nebentätigkeit geben. Abgeordnetenbestechung will die Unionsfraktionsführung rechtlich vom Vergehen zu einem Verbrechen hochstufen. **Seite 5**

EXTREMISMUS

Corona-Hilfe an Islamisten

Die Corona-Soforthilfen der Bundesregierung sind nach Informationen dieser Zeitung auch an islamistische Extremisten geflossen. Staatsschutz und Staatsanwaltschaft führen derzeit in der Hauptstadt mehr als hundert Ermittlungsverfahren gegen rund 60 Einzelpersonen, Moscheevereine und Vereinigungen, die dem islamistischen Spektrum zugerechnet werden. In mindestens drei Fällen gibt es Hinweise, dass Corona-Hilfen in Kriegsgebieten des Nahen Ostens zur Terrorismusfinanzierung genutzt worden sind. do

BUNDESLIGA

Bayern führen Werder vor

Ist der FC Bayern auf dem Weg zur Meisterschaft noch aufzuhalten? Von Werder Bremen jedenfalls nicht – die Norddeutschen waren beim 1:3 so gut wie chancenlos. Goretzka, Gnabry und Lewandowski trafen für den Tabellenführer. Auch Borussia Dortmund siegte. Allerdings unter gütiger Mithilfe des Berliner Torwarts. **Seiten 20 bis 22**

Freitag
Augsburg – Gladbach 3:1

Samstag
Wolfsburg – Schalke 5:0
Union Berlin– Köln 2:1
Mainz – Freiburg 1:0
Bremen – München 1:3
Dortmund – Hertha Berlin 2:0

ELEKTROMOBILITÄT

300 Millionen für Ladesäulen

Der Bund stellt für zusätzliche öffentliche Ladesäulen für Elektroautos weitere 300 Millionen Euro bis zum Jahresende zur Verfügung. Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) sagte WELT AM SONNTAG, das Geld könne „im Windhundprinzip" von Kommunen beantragt werden. **Seite 28**

ANZEIGE

ZIPPERTS WORT ZUM SONNTAG

Viel Spaß mit Deutschland

Deutschland verkommt zur Lachnummer Europas. Dieses wohlfeile Gejammer hört man jetzt allerorten. Aber was wollen die jammernden Kritiker stattdessen? Dass Deutschland Angst und Schrecken verbreitet, wie damals in den Vogelschiss-Jahren? Oder dass alle anderen in Europa voller Neid auf uns schauen, weil hier alles so effizient, pünktlich und zuverlässig funktioniert? Es ist doch nie gut, bei anderen Staaten Minderwertigkeitskomplexe auszulösen. Durch die kluge Politik von Angela Merkel ist das aber so gut wie ausgeschlossen. Die Digitalisierung klemmt, die Bundeswehr hat kaum noch funktionsfähige Waffen, Straßen und Brücken sind baufällig, die Pandemiebekämpfung versinkt im Chaos. Dank vorausschauender Planung wurden so wenige Impfdosen bestellt, dass uns niemand darum beneiden kann. Die dritte Welle ist im Anmarsch, und wir öffnen die Schulen und Geschäfte. Wenn wir irgendwo, und sei es auch nur in Luxemburg, einmarschieren wollten, müssten wir erst eine Armee mit funktionieren Waffen leasen, wofür wir allerdings kein Geld haben. Es fehlt zumindest nicht an kreativen Ideen, wie wir die Welt zum Lachen bringen können. Wenn wir dann irgendwann 2024 Corona besiegt haben, dann wird Robert Habeck die Früchte der Merkelschen Politik ernten. Deutschland entwickelt sich zum beliebtesten Reiseziel, und Millionen gestresster Menschen aus aller hochtechnisierter Welt werden zum Lachen in unseren beschaulichen Agrarstaat kommen.

Kundenservice: 0800-926 75 37 • Digitale Angebote: 0800-951 5000 • E-Mail: digital@welt.de
Gebührenfrei aus dem deutschen Festnetz und von allen deutschen Mobiltelefonen

A 4,90 € • B 4,90 € • CH 5,90 CHF • DK 41,50 DKK • E 5,30 € • F 5,30 € • H 1600 FT • I 5,10 € • L 4,90 € • NL 4,90 € • P 5,30 € (Cont.) • PL 21 PLN

ISSN 0949 – 7188

ANZEIGE

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der vergangenen Woche schrieb Annalena Baerbock, Vorsitzende der Grünen, auf Twitter, sie denke an die „vielen Menschen“, „die durch das Unglück ... ihr Leben verloren haben.“ Anlass ihrer Äußerung war der Jahrestag der Nuklearkatastrophe von Fukushima. Direkt beim Atomunglück kam kein Mensch ums Leben; und darüber, wie viele danach erkrankten und gestorben sind, kommen Studien zu unterschiedlichen Ergebnissen. Bereits zuvor hatte sich der offizielle Kanal der Grünen für eine Wortmeldung entschuldigt, die die Partei im Sinne ihrer Chefin abgesetzt, nach massivem Widerspruch aber gelöscht hatte: „Ein Fehler, den wir bedauern... Bei der Katastrophe von Fukushima sind nicht unmittelbar Zehntausende Menschen gestorben...“

Baerbock selbst hielt an ihrer Wortwahl fest. Dies ist eine für die Grünen-Chefin typische Ungenauigkeit. Und weil diese Ungenauigkeiten bei ihr regelmäßig vorkommen und stets die ihre Argumentation stützen, kann man davon ausgehen, dass sie beabsichtigt sind. Baerbocks Taktik ist bisweilen die Taktik von Populisten: Mal gucken, ob man mit dem durchkommt, das man bis an die Grenze zur Unwahrheit zugespitzt hat.

Oder über die Grenze hinaus: Im vergangenen Sommer sagte Baerbock als Gast bei Markus Lanz im ZDF zur besten Sendezeit vor Millionen Zuschauern über das Bundesland Thüringen: „Da standen wir kurz davor, dass ein Nazi ... zum Ministerpräsidenten gewählt wird.“ Geschickt vermischte sie, dass nicht Björn Höcke (AfD, den Baerbock wohl als „Nazi“ bezeichnen würde) zur Wahl stand, sondern Thomas Kemmerich von der FDP – der dann mit der Stimme von Höcke gewählt wurde. Das ist ein kritikwürdiger, aber doch ganz anderer Sachverhalt.

Im vergangenen Herbst erklärte Baerbock, dass der „Weiterbau der A49“ in Hessen gestoppt werden müsse, „damit die wertvollen Bäume stehen bleiben können“. Weitgehend unter den Tisch fiel, dass in Hessen ein Grüner Verkehrsminister ist, der der Meinung war, dass der Bau der Straße durch den Bund nicht mehr zu verhindern sei.

Im November dann sagte die Grünen-Chefin im Interview mit dieser Zeitung: „Es hat sich gezeigt, dass sich Populisten an der Macht nicht entzaubern, sondern dass sie tun, was sie sagen – die liberale Demokratie von innen aushöhlen.“ Es besteht die Möglichkeit, dass Annalena Baerbock Bundeskanzlerin wird. Für den Fall bleibt die Hoffnung, dass sie künftig dauerhaft bei den Fakten bleibt – oder dass sie im Interview mal wieder übertrieben hat.

Herzliche Grüße
Johannes Boie
Chefredakteur WELT AM SONNTAG

AUTOREN DIESER AUSGABE

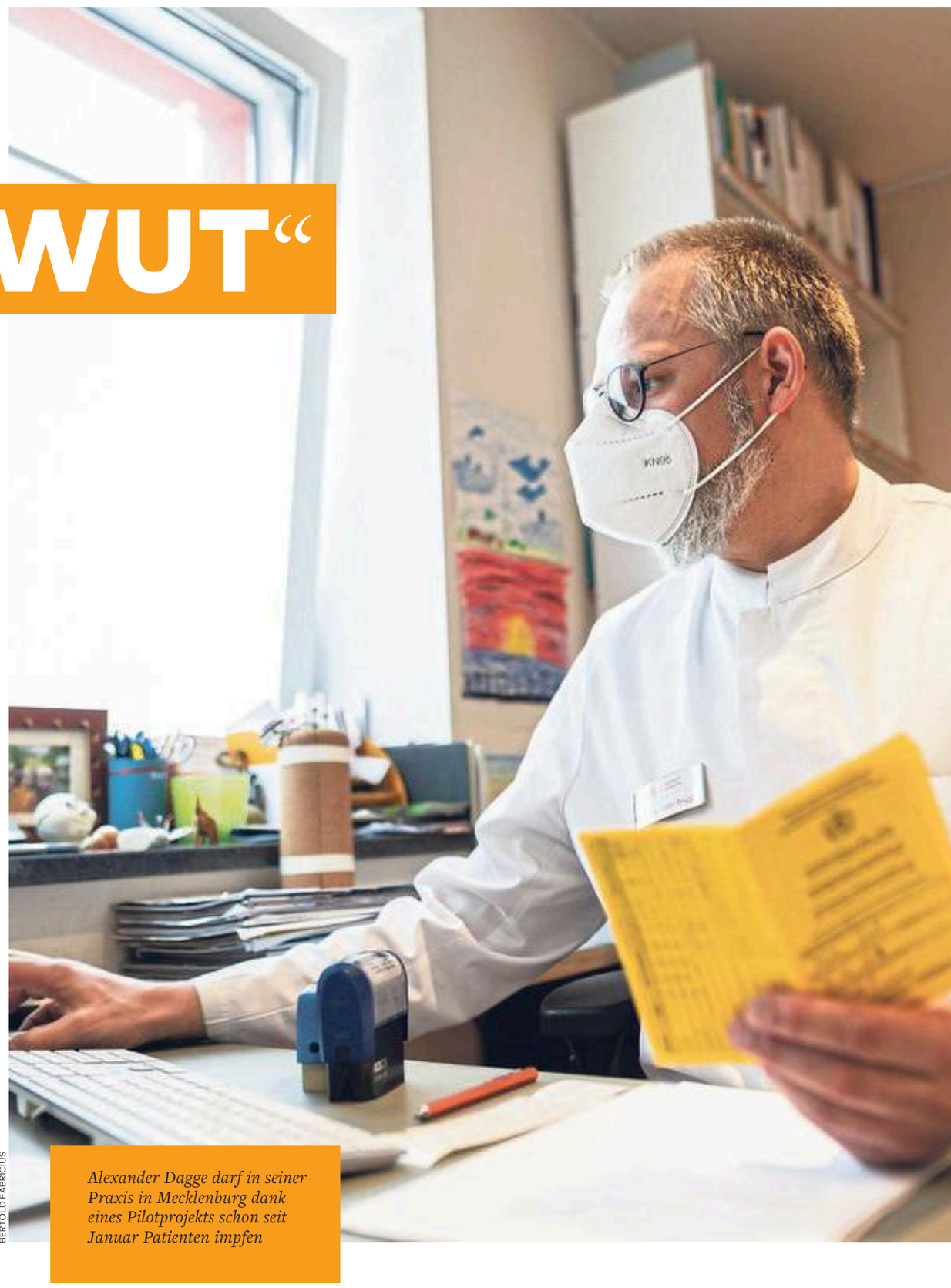
Jette Moche hat zwei schulpflichtige Kinder und stellte fest: Digitalisierung im Lockdown heißt, herkömmlicher Unterricht in Videocalls und Arbeitsblätter ausdrucken. Sie suchte nach Alternativen und fand sie – bei YouTube. **Seite 12**

Sascha Lehnartz, 51, ist als ehemaliger Frankreich-Korrespondent eigentlich nicht für britische Belange zuständig. Doch im Eklat bei den Royals sieht er eine Parabel für identitätspolitische Kämpfe, die mittlerweile überall stattfinden. **Seite 13**

KUNDENSERVICE
Brieffach 2264, 20350 Hamburg
Telefon: 0800/926 75 37*
Fax: 0800/926 77 37
E-Mail: kundenservice@wams.de
Öffnungszeiten: Mo–Sa 7–19 Uhr, So 9–13 Uhr
(*Gebührenfrei aus dt. Festnetz und von allen dt. Mobiltelefonen)

„Ich könnte schreien vor WUT“

Deutschlands Hausärzte würden gerne längst impfen, doch die Gesundheitsminister bremsen sie aus. Erfolgreiche Pilotprojekte zeigen, wie verrückt das ist – denn mithilfe der Hausärzte könnte das Land bis zum Sommer durchgeimpft sein



BERTOLD FABRICIUS

Alexander Dagge darf in seiner Praxis in Mecklenburg dank eines Pilotprojekts schon seit Januar Patienten impfen

Kurt Nolze sagt, wer was erleben wolle, der dürfe kein Hasenfuß sein. Früher, zu DDR-Zeiten, stand er, Liedermacher aus Norddeutschland, auf großen Bühnen. Am vergangenen Freitag steht er mit Mund-Nasen-Schutz in einer Hausarztpraxis im mecklenburgischen Lübstorf. Ein Mann von 81 Jahren, der seine zweite Corona-Impfung bekommt und witzelt, es sei nur angemessen, dass die Presse in diesem historischen Moment dabei sei. Ob er Angst habe? „Nee“, sagt Nolze. „Aber vielleicht sollte ich fürs Foto den Bauch einziehen.“

VON TINA KAISER

Einen Augenblick später drückt Dr. Alexander Dagge, 46 Jahre, weiße FFP2-Maske, weißer Vollbart, weiße Arztkleidung, Nolze eine kleine Spritze in den Oberarm und sagt: „Das war jetzt keine große Sache.“

Das stimmt und ist doch nicht richtig. Denn Dagge ist einer der wenigen Hausärzte in Deutschland, die in ihren Praxen schon Menschen gegen das Coronavirus impfen dürfen. Sein Landkreis, Nordwestmecklenburg, war bundesweit der erste, der im Januar ein Pilotprojekt mit acht Hausarztpraxen startete. Im Rest der Republik wird seit Wochen darüber gestritten, wann die 50.000 deutschen Hausarztpraxen bei der größten Impfaktion der Geschichte mithelfen dürfen.

Besser gestern als morgen, sagen die Ärzteverbände, und das sieht auch die Kassenärztliche Bundesvereinigung so: Die Hausärzte würden ihre Patienten und deren Vorerkrankungen schließlich am besten kennen, sie genössen ihr Vertrauen und wären bestimmt auch sehr viel schneller als das jetzige Verfahren mit per Post verschickten Einladungen, überlasteten Hotlines und staatlich organisierten Impfzentren.

Lieber noch warten, findet dagegen Bundesgesundheitsminister Jens Spahn. Am Mittwoch beschloss er mit den Gesundheitsministern der Länder, dass die Hausärzte voraussichtlich erst Mitte April impfen dürfen. Selbst das ist nicht sicher, eine endgültige Entscheidung soll beim nächsten Bund-Länder-Treffen fallen. Offiziell begründet Spahns Ministerium die Verzögerung damit, es sei ja noch gar nicht genug Impfstoff da.

Doktor Dagge in seiner Dorfpraxis in Lübstorf sagt: „Ich könnte schreien vor Wut, wenn ich das höre.“ Er hat die neuesten Statistiken gerade in der Zeitung gelesen: In Mecklenburg-Vorpommern liegen 76 Prozent der gelieferten Astra-Zeneca-Impfdosen ungenutzt im Kühlschrank. Deutschlandweit sind es 56 Prozent. „Diese Zahlen stehen für Menschenleben, die wir damit in Gefahr bringen“, sagt Dagge.

Zudem soll Deutschland in einigen Wochen schon so viel Impfstoff geliefert bekommen, dass die Impfzentren überlastet sein dürften. Spätestens dann brauchen die Gesundheitsminister die Hausärzte. „Wieso lässt man die Hausärzte also nicht jetzt schon mitmachen und gibt ihnen Zeit, sich einzuarbeiten?“, fragt Dagge.

Um zu verstehen, warum es mehr Zeit zur Einarbeitung bräuchte, muss man nur auf seinen Schreibtisch schauen, denn dort türmt sich bürokratischer Aufwand, den es zu bewältigen gilt. Obwohl sein Patient Nolze schon die zweite Dosis des BioNTech-Impfstoffs bekommt, muss er erneut einen Aufklärungsbogen (drei DinA4-Seiten) und eine Einwilligung (eine Seite) unterschreiben. Auch Hausarzt Dagge unterzeichnet, muss zusätzlich einen Anamnesebogen ausfüllen und dann alle Daten seiner Impflinge in eine Liste eintragen, die er jeden Abend per E-Mail ans Landratsamt schickt. Das Amt leitet die Daten dann gebündelt an das Robert Koch-Institut (RKI) in Berlin weiter. So sieht es die Übergangslösung des Pilotprojekts im Landkreis Nordwestmecklenburg vor.

Wenn die Hausärzte bundesweit an der Impfkampagne beteiligt werden, sollen sie ihre Daten selbst ans RKI melden. Wie das funktionieren soll, steht noch nicht fest. „Wird sicher Chaos geben“, brummt Dagge. Er frage sich immer häufiger, ob sich Deutschland mit seinem Wunsch nach tagesaktuellen Statistiken selbst im Weg stehe. Obwohl sein Praxisteam nach zwei Monaten eingespielt ist, verwende es rund ein Drittel der Impfzeit mit Papierkram. „Wäre es nicht besser“, fragt Dagge deshalb, „viel schneller zu impfen und dafür nicht jeden Morgen beim Kaffee bis auf die Kommastelle den aktuellen Impfstand abrufen zu können?“

Seit Januar hat Dagge mit seinem Praxisteam mehr als 700 Impfdosen gespritzt. Theoretisch, sagt er, könnten sie 30 Impfungen pro Tag schaffen, wenn der Papierkram nicht wäre. Und wenn ihm mehr Impflinge geschickt würden.

Bisher müssen seine Patienten nämlich warten, bis sie vom Gesundheitsamt eine Impfeinladung per Post bekommen. Dann erst dürfen sie die Hotline des Landes anrufen, um sich einen Termin bei einem Impfzentrum oder bei Dagge geben zu lassen. Die Hotline ist schon jetzt so überlastet, dass deutlich weniger Impftermine vergeben werden, als Impfstoff da ist. Nur wenn eine angebrochene Ampulle zu verfallen droht, darf der Hausarzt selbst einen seiner Patienten anrufen und ihm eine Impfung anbieten. So kam der Liedermacher Nolze an seine Spritze.

Dagge sagt, er habe noch mehr als 50 Patienten auf seiner Warteliste, die älter als 80 sind.

Der Bayerische Hausärzteverband hat vor einigen Tagen eine Rechnung aufgestellt: Wenn jede Hausarztpraxis nur 20 Impfungen täglich vornehmen würde, wären das fünf Millionen pro Woche. Das heißt, bis Ende Juni könnten alle Deutschen geimpft sein. So aber bastelt sich fast jedes Bundesland schnell noch ein eigenes Pilotprojekt – um zu testen, was Dagge und seine Kollegen längst bewiesen haben: dass Hausärzte in der Lage sind, ihre Patienten zu impfen.

In Rheinland-Pfalz ist Heidi Weber eine von vier Hausärzten im ganzen Bundesland, die seit zwei Wochen bettlägerige Patienten über 80 Jahre zu Hause impfen dürfen. Die 54-Jährige aus Bitburg erzählt am Telefon, dass es in Rheinland-Pfalz für alte Menschen, die zu Hause gepflegt werden, bislang keine Impfmöglichkeit gab. Die mobilen Impfteams fuhren nur die Pflegeheime ab. „Wir wollten beweisen, dass wir das logistisch selbst mit dem empfindlichen BioNTech-Impfstoff hinbekommen“, sagt Weber.

Der Impfstoff des Herstellers BioNTech/Pfizer muss tiefgekühlt gelagert werden. Aufgetaut hält er sich bis zu fünf Tage im Kühlschrank. Jede Ampulle ergibt sechs Spritzen. Diese Spritzen wiederum müssen, einmal aufgezogen, innerhalb von maximal sechs Stunden verimpft werden.

Während Dagge in Mecklenburg seinen Impfstoff morgens vor seiner Sprechstunde geliefert bekommt, muss Weber ihn am Vorabend am Bitburger Impfzentrum abholen. Schon am ersten Testtag vor zwei Wochen habe alles reibungslos geklappt, sagt sie. Um neun Uhr morgens zog sie in ihrer Praxis die ersten sechs Spritzen auf, klapperte sechs Patienten ab: Aufklärung, Impfen, 15 Minuten warten, ob der Patient die Spritze verträgt. Dann zurück in die Praxis, die nächsten sechs Spritzen aufziehen. Am

Der Erfolg der anderen

Viele EU-Länder haben Deutschland beim Impfen abgehängt. Dabei müsste das nicht sein. Dänemark, Frankreich, Griechenland und Ungarn zeigen, was wir besser machen können

Deutschland steht beim Impfen im europäischen Vergleich schlecht da. Mit einer Impfquote von rund zehn Prozent liegt das Land EU-weit nur auf Platz elf.

VON GREGOR SCHWUNG

Diese Misere ist selbst verschuldet. Was Deutschland sich von anderen EU-Ländern abschauen sollte.

DIE 7. DOSIS IMPFEN

Schon im Dezember hat Dänemark festgestellt, dass man kreativ werden müsse. Die Menge des Impfstoffs, den die EU besorgt hatte, war zu knapp. Aus einer Ampulle des BioNTech-Vakzins sollten sich fünf Dosen herausholen lassen. Anfang Januar empfahl die Europäische Arzneimittelagentur (EMA), auch die sechste Dosis zu entnehmen. Doch in Dänemark wurden sofort spezielle Spritzen besorgt, die eine noch feinere Dosierung ermöglichten. So können Ärzte sieben Dosen aus einer Ampulle herausholen. Laut der Gesundheitsbehörde bedeutet das, dass mit derselben Lieferung zehn Prozent mehr Menschen geimpft werden. „Das erklärt zu einem hohen Maße, warum Dänemark schneller ist als andere europäische Länder“, sagt Camilla Fuget von der Universität Kopenhagen. Dieses hohe Tempo sorge außerdem dafür, dass in Dänemark fast kein Impfstoff ungenutzt in den Kühlschränken herumliege. Gut 94 Prozent aller gelieferten Dosen hat das Land bereits verimpft.

In Nordrhein-Westfalen kündigte das Gesundheitsministerium im Februar zunächst an, dass aus einer Ampulle ebenfalls sieben Dosen entnommen werden dürften. Doch als ein Impfarzt die dafür notwendigen Spritzen einsetzte, machte das Ministerium einen Rückzieher. Die Verwendung der Spritzen sei nicht erlaubt.

REIHENFOLGE UMWERFEN

„Solange ihr Impfstoff im Kühlschrank liegen lasst, sperre ich die Leute nicht wieder ein“, soll Frankreichs Präsident Emmanuel Macron Anfang März in einer internen Sitzung gesagt haben. Also suchte man nach Wegen, das Impfen zu beschleunigen – mit Erfolg: Seit Anfang März legt das Land eine beeindruckende Aufholjagd hin und hat gerade mit Deutschland gleichgezogen. Zwar hat ein Gremium aus Wissenschaftlern und Medizinern im vergangenen Herbst eine Impfreihenfolge ausgearbeitet, nach der nun alle über 50-Jährigen mit Vorerkrankungen dran wären, doch die bremste das Impftempo. Deswegen scheint sie jetzt nicht mehr allzu bindend zu sein. Offiziell bestätigt wird dies nicht, aber es gilt unter den Franzosen als offenes Geheimnis, dass nun auch Menschen über 50 ohne Vorerkrankungen ihre Dosis bekommen können. So häufen sich Berichte von Menschen, die unkompliziert einen Impftermin erhalten haben. Auf Twitter erklären selbst Menschen unter 50 Jahren, dass sie in den Impfzentren abends übrig gebliebene Impfdosen unbürokratisch gespritzt bekamen.

In Deutschland mehren sich die Forderungen nach einer pragmatischeren Handhabung der Impfreihenfolge. Nach Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann hat dies am Freitag auch Bayerns Ministerpräsident Markus Söder ins Spiel gebracht. Sobald die Hausärzte impfen dürfen, solle man nicht mehr an der „starren Prioritätenreihenfolge“ festhalten. SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach warnte dagegen noch am Dienstag genau davor.

TERMINE DIGITAL VERGEBEN

Die Impfkampagne in Griechenland trägt den Namen „Operation Freiheit“. Etwas tun, um daran teilzunehmen, müssen die Bürger des Landes allerdings nicht. Sobald sie an der Reihe sind, werden sie automatisch per SMS informiert, wann und wo sie sich zum Impfen einzufinden haben. Per Textnachricht kann man den Termin bestätigen oder elektronisch umbuchen. Ältere Menschen ohne Internet können dies auch in der Apotheke oder im nächsten Bürgerzentrum tun. Das ist nur möglich, weil die griechische Regierung zu Beginn der Pandemie Weitsicht bewiesen hat. Da wurden nämlich sämtliche Patientendaten für ein System zur

KSTA/ THILO SCHMÜLGEN

Ellen Röttgen-Burtscheidt impfte am vergangenen Donnerstag in einer „Guerillaaktion" den ersten Kölner zu Hause

WIR KÖNNTEN SIEBEN TAGE DIE WOCHE IMPFEN, AUCH NACHTS

ELLEN RÖTTGEN-BURTSCHEIDT
Kölner Hausärztin

PRAXIS HEIDI WEBER

Heidi Weber aus Bitburg impfte an einem Tag 18 Patienten bei Hausbesuchen mit dem transportempfindlichen BioNTech-Serum

Ende des ersten Tages war der Tank ihres alten Golfs leer, und sie hatte 18 bettlägerige Patienten zu Hause geimpft. Weil der Test so erfolgreich war, sollen in Rheinland-Pfalz nun ab dem 22. März Hausärzte zumindest ihre Pflegepatienten über 70 zu Hause impfen dürfen.

Von einer solchen Lösung ist Nordrhein-Westfalen weit entfernt. Jürgen Zastrow, dem Chef der Kassenärztlichen Vereinigung in Köln, riss vergangene Woche der Geduldsfaden. Ursprünglich hatte das Gesundheitsministerium des Landes der Millionenstadt fünf Pilotpraxen genehmigt. Doch am Mittwoch teilte das Ministerium Zastrow mit, dass diese Praxen zunächst doch keinen Impfstoff bekämen. Angeblich, weil das Kölner Impfzentrum noch nicht ausgelastet sei.

Zastrow entschied sich zu einer Guerillaaktion. Zusammen mit der Kölner Hausärztin Ellen Röttgen-Burtscheidt besorgte er sich am Donnerstag sechs BioNTech-Dosen im Impfzentrum Köln und fuhr zu pflegebedürftigen Patienten nach Hause. Die sechs Impflinge waren offiziell die Ersten im ganzen Bundesland, die zu Hause geimpft wurden.

Als die Ärztin Röttgen-Burtscheidt von der Aktion am Telefon erzählt, geht ihre Stimme durch ein ganzes Spektrum von Emotionen, mal klingt Galgenhumor an, mal Zorn, einmal gar bebende Verzweiflung. Nach dem Termin habe sie „Erleichterung und Frust" verspürt, sagt sie. Erleichterung, weil sie bald sechs Risikopatienten weniger hat, um die sie sich sorgen muss. Frust, weil ihr das alles viel zu langsam geht. Schon im Oktober hatte sie ihre Praxis zum Impfen umgerüstet, zusätzliche Räume angemietet und viele Ärzte gefunden, die stundenweise mithelfen wollen. „Wir könnten sieben Tage die Woche impfen, auch nachts", sagt sie. Aber die Politik lasse sie nicht.

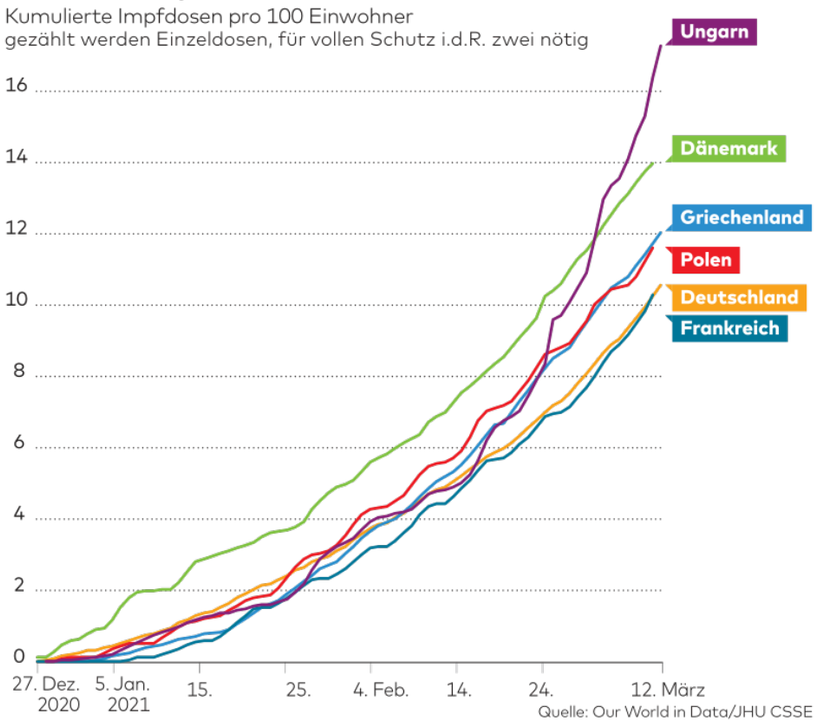
Während ihre Patienten warten müssen, läuft der Impfbetrieb im mecklenburgischen Lübstorf schon routiniert. Als am Freitag einer der Impflinge kurzfristig ausfällt, zieht Dagges Sprechstundenhilfe die Nachrückerliste aus der Schublade. Auf Platz eins steht Volker Schmitz. Die Sprechstundenhilfe ruft ihn an, zehn Minuten später steht der 82-Jährige in Dagges Behandlungszimmer und zeigt auf die etwas zerzausten weißen Haare auf seinem Kopf. Man müsse sein Auftreten entschuldigen, sagt Schmitz. Er sei eigentlich gerade auf dem Weg zum Friseur gewesen, der erste Haarschnitt seit vier Monaten. Dem Friseur habe er abgesagt. Der habe sicher auch eine Nachrückerliste. So hätten dann wohl gleich zwei Lübstorfer heute ihren Glückstag. Ein Unbekannter bekomme unverhofft eine Frisur und Schmitz seine Schutzimpfung.

Wer kann sich nun wo impfen lassen?

Bundesweit gilt: Alle Personen der Prioritätsstufen 1 und 2, also alle, die älter als 70 Jahre sind oder unter bestimmten Vorerkrankungen leiden, sollen nun Termine buchen können – theoretisch. Denn die Reihenfolge gibt zwar der Bund vor, die Länder haben aber einen gewissen Spielraum und nutzen ihn auch. Das führt zu Unterschieden in den Altersstufen, vereinzelt gibt es auch Alleingänge einzelner Landkreise. WELT AM SONNTAG gibt einen Überblick, wo es Abweichungen gibt.
In **Berlin** haben Pflegebedürftige über 70 Jahre nun einen Anspruch und dürfen zwei Kontaktpersonen benennen, die bevorzugt geimpft werden können – egal in welcher Gruppe diese selbst sind. Wer mindestens 70 Jahre alt ist, kann sich in **Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein** und dem **Saarland** registrieren. Ähnlich geht **Baden-Württemberg** vor – und erlaubt auch 16- und 17-Jährigen den Zugang zur zweiten Gruppe. Für sie ist ausschließlich der Impfstoff von BioNTech zugelassen. Weil auf einen Schlag 1,7 Millionen mehr Menschen berechtigt sind, brachen einige Hotlines zusammen.
Hamburg startet einen Alleingang: Dort werden erst die über 80-Jährigen geimpft, aufgerückt sind nun aber Berufe wie Hebammen, Apotheker, Psychotherapeuten oder Beamte in Haftanstalten. Online oder über die Telefonnummer 116 117 können sie Termine buchen.
Bayern, **Niedersachsen**, **Hessen** und **Bremen** hingegen weichen bislang nicht von der Vorgabe des Bundes ab. Offen für Interpret ationen sind die Einladungen aus **Thüringen** und **Sachsen-Anhalt**: Dort dürfen nun Soldaten vorrücken – allerdings nur jene, die bei Auslandseinsätzen einem hohen Infektionsrisiko ausgesetzt sind.
Thüringen impft bislang am schnellsten, zumindest was die vollständige Immunisierung mit zwei Dosen angeht: Am Freitag lag diese bei 3,7 Prozent der Bevölkerung, in Sachsen-Anhalt waren es drei Prozent. Etwas besser, mit 3,5 Prozent, steht **Mecklenburg-Vorpommern** da. Dort dürfen nun Schwangere zwei Kontakte angeben, die auf der Liste vorrücken können.
Negativschlagzeilen machte indessen **Brandenburg**. Entgegen der Verordnung des Bundes dürfen sich pflegende Angehörige dort noch nicht impfen lassen. Immerhin: Das Land öffnet seine elf Zentren jetzt auch samstags. Ebenfalls für miese Stimmung sorgte **Nordrhein-Westfalen**: Erst „voraussichtlich ab Mai" können sich über 70-Jährige dort impfen lassen, später hieß es „Mitte April." So oder so: Das Land hängt beim Impfen hinterher. Härtefallanträge, wie sie nun in einigen Ländern gestellt werden können, dürften deshalb in Nordrhein-Westfalen wohl auf Resonanz stoßen.
Einen Sonderweg schlägt auch **Sachsen** ein, insbesondere der Vogtlandkreis: Dort kann sich nun jeder impfen lassen. Grund seien hohe Infektionszahlen. Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hatte den Alleingang genehmigt. jakl

EU-Länder impfen besser als Deutschland

Kumulierte Impfdosen pro 100 Einwohner
gezählt werden Einzeldosen, für vollen Schutz i.d.R. zwei nötig



Quelle: Our World in Data/JHU CSSE

VON CHINA UND RUSSLAND KAUFEN

Es sah erst nach einer reinen PR-Strategie von Ungarns Premier Viktor Orbán aus, um die EU unter Druck zu setzen. Doch nun entpuppt es sich als erfolgreiche Strategie: Schon Ende des vergangenen Jahres hat die ungarische Regierung mit Peking und Moskau vereinbart, fünf Millionen Dosen des chinesischen Vakzins Sinopharm und zwei Millionen Dosen von Russlands Sputnik V-Impfstoff zu kaufen. „Wir wären in einer viel schwierigeren Lage, wenn wir den chinesischen und russischen Impfstoff nicht hätten", erklärte die Gesundheitsbehörde NNK auf Anfrage. In der Tat ist ein Großteil der im Land eingetroffenen Dosen des BioNTech-Impfstoffs bereits verimpft. Auch die Vorräte an Moderna- und AstraZeneca-Vakzinen neigen sich dem Ende zu. Von den 550.000 Dosen des chinesischen Impfstoffs, die Mitte Februar geliefert wurden und seit gut zwei Wochen verimpft werden, sind noch 71 Prozent auf Lager. Auch die 325.000 bereits gelieferten Sputnik-V-Dosen aus Moskau sind bei Weitem noch nicht aufgebraucht. Die EMA prüft Sputnik bereits, allerdings gibt es seitens der EU keine Bestrebungen, Dosen in Moskau zu bestellen.

HAUSÄRZTE EINBINDEN

Wer sich in Polen impfen lassen möchte, hat viele Optionen. Neben Kliniken kann man seine Spritze auch beim Hausarzt, dem Kinderarzt oder dem Zahnarzt bekommen. Die polnische Regierung hat keine Zeit verloren und die niedergelassenen Ärzte schon im Dezember eingebunden. Insgesamt gibt es in Polen deshalb 6500 Impfpunkte – ein enormes Angebot. Diese kleinteilige Impfkampagne sorgt dafür, dass der Impfstoff schnell zu den Menschen gelangt und nur wenige Dosen liegenbleiben. 92 Prozent des gelieferten Vakzins sind bereits verimpft. In Deutschland sind es nur 71 Prozent.

AKTUELLE CORONA-ZAHLEN

Rückschlag bei Impfstoffen

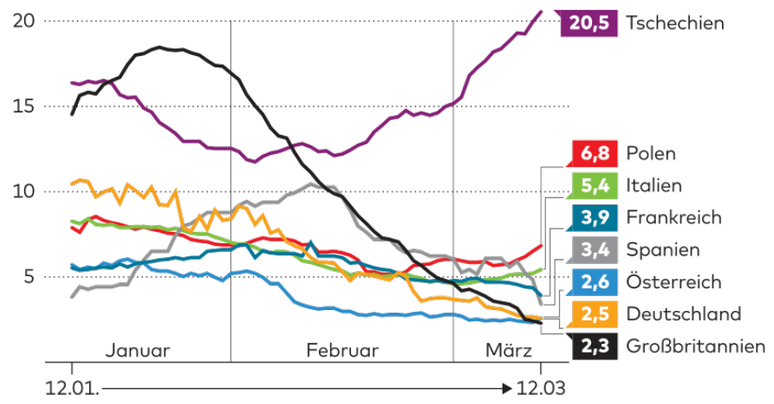
Der britisch-schwedische Impfstoff-Hersteller AstraZeneca hat erneut Kürzungen für die EU angekündigt. Statt der zuletzt anvisierten 220 Millionen Dosen sollen nur 100 Millionen bis zur Jahresmitte geliefert werden. Der deutsche Anteil daran liegt bei etwa 19 Millionen. Der Konzern begründete dies mit Exportbeschränkungen, ohne Details zu nennen. Manfred Weber (CSU), der Fraktionschef der konservativen EVP im EU-Parlament, kritisiert die Unternehmensführung: „Es entsteht der Eindruck, dass andere Länder gegenüber der EU bevorzugt werden." Solange AstraZeneca „nicht seine Zusagen erfülle, sollte die EU einen grundsätzlichen Exportstopp von in der EU produzierten Impfstoffdosen des Unternehmens verhängen", sagte Weber WELT AM SONNTAG.

Auch mit dem US-Hersteller Johnson & Johnson gibt es Probleme: Dessen gerade in der EU zugelassener Impfstoff kommt laut Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) erst Mitte oder Ende April. Hintergrund sind nach Angaben aus EU-Kreisen Zweifel an der Exportpolitik der USA.

Indes steigt die Zahl der Neuinfektionen in Deutschland, zuletzt im Wochenvergleich um 3117 auf den Tageswert von 12.674. In Verbindung mit Corona sind 239 Menschen gestorben, eine Woche zuvor waren es 298. Das Robert Koch-Institut prognostiziert in der Woche nach Ostern höhere Neuinfektionszahlen als rund um Weihnachten – vor allem wegen der rasant ansteigenden Neuinfektionen mit der aus Großbritannien stammenden Virus-Variante B.1.1.7. WS

Tägliche Corona-Todesfälle

je 1 Million Einwohner im 7-Tage-Schnitt



Datenabfrage: 13. März 2021; Quelle: CSSE/Our World in Data

CORONA VOR EINEM JAHR

Tests sollen das „Rückgrat" sein im Kampf gegen Corona. Seit Beginn der Pandemie ruft die Weltgesundheitsorganisation dazu auf, die Suche nach dem Virus zu verstärken. Am 16. März erklärt WHO-Chef Tedros Adhanom Ghebreyesus, er habe eine einfache Botschaft an alle Länder: „Testen, testen, testen". Das Mantra gilt fortan. In Deutschland rollt die große Testinitiative an – ein Jahr danach. bil

NACHRICHTEN

USA

27 Millionen Dollar für Floyds Familie

Zehn Monate nach dem Tod des Afroamerikaners George Floyd bei einem Polizeieinsatz in Minneapolis hat sich die Stadt mit der Familie auf einen Vergleich geeinigt. Sie zahlt den Angehörigen von George Floyd 27 Millionen Dollar, also etwa 22,6 Millionen Euro. Der Stadtrat von Minneapolis habe den Vergleich einstimmig gebilligt, erklärte Bürgermeister Jacob Frey. Der Anwalt der Familie sprach von einer „historischen Einigung". Dies beweise, dass das Leben schwarzer Menschen nicht länger als „trivial und unwichtig" abgetan werden könne. Der unbewaffnete Schwarze war am 25. Mai 2020 bei einer Festnahme getötet worden. Ein weißer Polizist presste sein Knie minutenlang auf Floyds Hals, obwohl dieser flehte, ihn atmen zu lassen. Nach der Tötung gab es in den USA Massenproteste gegen Polizeigewalt und Rassismus. Die Polizisten hatten Floyd wegen des Verdachts festgenommen, mit einem falschen 20-Dollar-Schein bezahlt zu haben. Sie wurden entlassen und angeklagt. dpa

WELT AM SONNTAG WIRKT

„Nüßlein und Löbel müssten ihr Mandat zurückgeben – jetzt", war vergangene Ausgabe (7. März) im Editorial auf Seite 2 zu lesen, in Bezug auf die beiden Politiker von CSU und CDU, Georg Nüßlein und Nikolas Löbel, die beim Maskenkauf ordentlich abkassiert haben. Viele Medien und Politiker erhoben später ähnliche Forderungen. Löbel legte am Montag sein Bundestagsmandat nieder und trat aus der CDU aus; Nüßlein verließ die CSU und tritt bei der kommenden Wahl nicht mehr an. WS

AFD BERLIN

Rebellion gegen Pazderski und Storch

Die AfD in Berlin hat überraschend die frühere Vize-Fraktionschefin Kristin Brinker zur neuen Landeschefin gewählt. Beim Landesparteitag im brandenburgischen Paaren im Glien erhielt sie am Samstag 50,2 Prozent der Stimmen und setzte sich gegen die Bundestagsabgeordnete Beatrix von Storch durch, wie ein Sprecher mitteilte. Von Storch hatte eigentlich mit dem Fraktionschef im Abgeordnetenhaus, Georg Pazderski, den Vorsitz übernehmen wollen, aber die Delegierten hatten zuvor eine Doppelspitze abgelehnt. Brinker siegte mit nur einer Stimme Vorsprung. Sie wurde in erheblichem Maße von den Anhängern des offiziell aufgelösten, rechtsextremen Flügels unterstützt. Bisher galt der Berliner Landesverband in der AfD als vergleichsweise wenig radikal. WS

RUSSLAND

200 Festnahmen bei Oppositionstreffen

Bei einer Razzia gegen ein Treffen hochrangiger russischer Oppositioneller haben Sicherheitskräfte in Moskau fast alle Teilnehmer festgenommen. Das Innenministerium sprach nach der Veranstaltung am Samstag von rund 200 Festnahmen. Abgeführt wurden unter anderen die populären Politiker Wladimir Kara-Mursa, Ilja Jaschin, Andrej Piwowarow und Jewgeni Roisman. Einige erklärten später, wieder frei zu sein. Es hatte eigentlich das erste große Oppositionstreffen im Jahr der Parlamentswahl werden sollen – und die erste größere regierungskritische Veranstaltung seit den Massenprotesten für die Freilassung des inhaftierten Kremlkritikers Alexej Nawalny. Die Polizei begründete ihr Vorgehen mit der Tätigkeit einer „unerwünschten Organisation". dpa